

KVB-Vorstand: Angebliche Aussagen des KBV-Vorstandsvorsitzenden Dr. Gassen zu iMVZ sind irreführend und befremdlich

München, 14. März 2024: Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns reagierte mit äußerstem Befremden auf angebliche Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) bei einem nicht öffentlichen Fachgespräch gestern im Deutschen Bundestag. Laut einem Bericht der „Ärzte Zeitung“ habe der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Gassen dabei unter anderem von einer „stark regulativen Gesetzgebung“ im Bereich der investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) abgeraten und ganz offensichtlich den Eindruck erweckt, die Ärzteschaft habe sich mit dem zunehmenden Einfluss von Finanzinvestoren aus dem In- und Ausland auf das deutsche Gesundheitssystem arrangiert.

Der Vorstand der KVB – Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – erklärte dazu: „Wir stehen weiterhin vollumfänglich hinter der Initiative des Bundesrates, die großflächige Verbreitung von iMVZ, die von Finanzinvestoren beherrscht werden, im deutschen Gesundheitswesen wirksam zu begrenzen. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, dass Finanzinvestoren immer häufiger ihnen wirtschaftlich rentabel erscheinende Arztstühle aufkaufen und damit junge Kolleginnen und Kollegen keine Chance mehr haben, sich in eigener Praxis niederzulassen. Denn mit den finanziellen Möglichkeiten von Private-Equity-Gesellschaften kann keine Ärztin und kein Arzt konkurrieren. So drohen eine Kettenbildung und Monopolisierung im Gesundheitswesen. Vom Vorstandsvorsitzenden der KBV erwarten wir, dass er diese Problematik erkennt und auch öffentlich differenziert darstellt - so wie dies gestern der Vorstandsvorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Martin Hendges, getan hat. Kann oder will Gassen dies nicht tun, muss man über seine Eignung für das Amt an der Spitze der Vertretung der niedergelassenen Ärzte- und Psychotherapeutenchaft diskutieren.“

In den vergangenen Jahren hatten sich Vertreterversammlung und Vorstand der KVB mehrfach mit der Problematik des zunehmenden Einflusses von Finanzinvestoren auf das deutsche Gesundheitswesen beschäftigt. So wurden mehrere Studien bei renommierten Wissenschaftsinstituten und Universitäten in Auftrag gegeben, die durchaus belegen, warum die Ausbreitung der iMVZ Probleme in der ambulanten Versorgung schaffen kann und wie sich der Einfluss von Investoren wirksam und juristisch wasserdicht begrenzen ließe. Mehr Informationen dazu stehen auf der Internetseite der KVB – www.kvb.de – unter „Über uns / Gesundheitspolitisches Engagement / Spekulationsobjekt Gesundheit“ zur Verfügung.

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Eisenheimerstraße 39
80687 München